

Ein Bericht der Kölnischen Rundschau (Eifelland) vom 11.03.2014

## Verwendung von Fördermitteln

### Das Kreistierheim rückt näher



Gudrun Zentis (MdB, I.), Simon Schlang (Praktikant im Landtag, 2.v.r.) und Nathalie Konias (Kreissprecherin) diskutierten mit Reiner Bauer, dem Vorsitzenden des Tierschutzvereins. (Foto: Röder)

**Die rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren viele Tierheime in NRW gefördert. Seit 2011 wurden jährlich Landesmittel bereitgestellt. Das Mechernicher Tierheim erhielt im vergangenen Jahr aus diesem Topf 38.000 Euro. Von Kirsten Röder**

Mechernich. Das Mechernicher Tierheim hatte Gäste. Die Grünen-Landtagsabgeordnete Gudrun Zentis besuchte mit der Grünen-Kreissprecherin Nathalie Konias die Mechernicher Schutzstation für Tiere. Die Tierheime übernehmen in den Kommunen eine wichtige Funktion, begründete Zentis ihren Besuch. Begutachten wollte die Politikerin auch, wie die im vergangenen Jahr bereitgestellten Fördermittel eingesetzt worden sind.

Die rot-grüne Landesregierung habe in den vergangenen Jahren viele Tierheime in NRW gefördert, so Zentis. Seit 2011 wurden jährlich Landesmittel in Höhe von 500 000 Euro bereitgestellt. Das Mechernicher Tierheim erhielt im vergangenen Jahr aus diesem Topf 38 000 Euro. „Dieses Geld haben wir für die Fotovoltaik-Anlage und Fliesenarbeiten am Katzenhaus eingesetzt“, berichtete Reiner Bauer, Vorsitzender des Tierschutzvereins. Zusätzlich habe das Tierheim 1000 Euro für Katzenkastrationen vom Land bereitgestellt bekommen.

Zurzeit beheimatet das Tierheim geschätzte 30 bis 50 Freigänger-Katzen, deren Kastration mit 120 Euro pro weiblichem Tier finanziell gestemmt werden muss. Daneben haben 18 weitere Fundtiere und zwölf Hunde eine (Zwischen-) Bleibe in Mechernich gefunden. Bis jetzt finanziere sich das Tierheim ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge und Spenden, berichtete Bauer den Grünen. Drei Ehrenamtler unterstützten ihn dauerhaft.

Langfristig sei die Aufgabe des Tierschutzes allerdings nicht mehr als Ehrenamtler zu leisten, berichtete Bauer der Landtagsabgeordneten. „Das ist kommunale Pflichtaufgabe, was wir hier machen“, machte er sich im Gespräch für ein Kreistierheim stark. Für die Aufnahme von Fundtieren sei er

im Auftrag der Kommunen unterwegs, trotzdem würden Kosten und Aufwendungen dafür teilweise gar nicht bezahlt.

So sei es ihm zuletzt mit zwei Frettchen aus der Gemeinde Weilerswist gegangen. „Allein 200 Euro Tierarztkosten sind entstanden“, so Bauer: „Von Futter gar nicht zu sprechen.“ „Das bezahlen wir nicht“, habe am Ende der Beigeordnete entschieden, da laut Vertrag nur Hunde und Katzen abgedeckt seien.

### **ENTSCHEIDUNG AM 18. MÄRZ**

Bereits im vergangenen Jahr hatte das Veterinäramt des Kreises vorgeschlagen, das Mechernicher Tierheim zur zentralen Anlaufstelle für die Erstuntersuchung von Fundtieren zu machen. Von dort aus könnten die Tiere nach medizinischer Begutachtung auf andere Tierheime verteilt werden.

Die personelle Voraussetzung dafür hatte Reiner Bauer, Vorsitzender des Tierschutzvereins, mit der Einstellung von Steffi Grützemann, einer professionellen Heim- und Pensionstierpflegerin, bereits geschaffen. Doch der Kaller Tierschutzverein hatte sich gegen diese Entwicklung gestellt.

Seitdem wurden zwischen den Verantwortlichen Gespräche geführt. Nun soll bei einer Pressekonferenz am Mittwoch, 18. März, um 14 Uhr im Kreishaus eine Entscheidung verkündet werden. Danach müssen diesem Beschluss jedoch noch die Stadträte der beteiligten Kommunen zustimmen. Für den Mechernicher Stadtrat steht das Thema am 1. April auf der Agenda. Dr. Jochen Weins, Leiter der Veterinärabteilung, zeigt sich zuversichtlich: „Wir sind voller Optimismus.“

Markus Schmitz-Bongard vom Tierschutzverein „Kall und Umgebung“ sagte, er habe keine Informationen darüber, wie es mit dem Tierschutz im Kreis weitergehe. Sein Verein strebe eine Teillösung für Kall an, so dass man aus Einzelkommunen Tiere aufnehmen könne. Seit August habe man eine Fortschreibung der Betriebsgenehmigung beantragt, darüber aber trotz anwaltlicher Fristsetzung bis zum 17. Februar keine Antwort erhalten.  
(kir/pe)